

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
29 (1915)**

182 (6.8.1915)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-588502](#)

gogen sich unsere Truppen jenseits des Flusses Slatutio südlich von Ponticcius zu. Am 1. und 2. August fanden diekali eroberte Kämpfe statt. Westlich von Stamo wurden die Zusammenstöße häufiger. Am Raretu unterhalb der Feind wiederholte Angriffe in der Gegend der Schlosswändung, wo unsere Schützengruppen von einer Hand in die andere übergingen. Es kam dabei zu Vojonettkämpfen. Der eroberte Kampf dauerte am linken Raretu nördlich von Razan im Abzweite Dzabamine—Dzagan fort, wo der Feind jeden Schwert nach vorne mit ungeheuren Verlusten und Anstrengungen bezahlte. Am unteren Raretu und am linken Weißfließberg kam am 2. August lediglich Gefechter statt. Die deutschen Kräfte welche noch einem entscheidendem eroberten Kampfe am Abend des 1. August die Weißel überquerten, bemächtigten sich eines Teiles des großen Waldes weiter nördlich von Matiwize und rückten in beträchtlicher Weise vor. Zugleich der Weißel und dem Lang griff der Feind in der Gegend des kleinen Kretu und nördlich von Lublin an, wurde aber mit großen Verlusten zurückgeworfen, ebenso auch zu beiden Seiten der Straße Tzernati—Mokomo. Am Unterlauf des Simbaffusses gelang es den Feinden etwas vorzurücken. Am Lang an der Pota-Lipu und am Dnjepr feinerlei Veränderungen. Zwischen Dnjepr und Lang schlagen wir einen kleinen feindlichen Angriff zurück.

Der Krieg mit Italien.

Der amtliche Bericht.

(W. Z. B.) Rom, 4. August. Amtlicher Heeresbericht von gestern abend. Im Tale des Cadore dauert das zerstrende Feuer unserer Artillerie gegen die feindlichen Stellungen weiter fort. In Rätien verlor der Gegner am 1. August abermals einen Angriff gegen den Kapel des Gebirgs, der von uns am 30. Juli erobert worden war, wurde aber unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Am 2. August griff er vom Nebel beginnend, unsere Stellungen von Starnis beim Berg Cielo an, wurde aber gleichfalls abgewiesen. Heute werden neue Einzelheiten über den von unseren Truppen am 30. Juli an der Abweitung von Giafot errungenen Erfolg bekannt. Der Gegner ließ über 100 Tote auf dem Kampfplatz, wo 200 Gewehre und zahlreiche Munition aufgefunden und etwa 20 weitere Gefangene gemacht wurden. Während der beiden folgenden Tage verfeuerte die feindliche Artillerie, die sich an den Ausgängen von Molborgelt längs der Abweitung in Stellung befand, auch Geschosse mit erstickendem Gas. Unsere Artillerie gelang es trotzdem, sie zum Schweigen zu bringen. Auf dem Karst erneuerte der Feind in der Nacht zum 2. August seine heftigen Angriffe gegen unsern rechten Flügel in der Gegend des Monte bei Psi, nähmend er gegen unsern linken Flügel demonstriert hatte. Alle seine Anstrengungen brachen sich jedoch an dem hartnäckigen Widerstand der Unfeigten. Am Laufe des arktischen Tages dante die offenen auf dem rechten Flügel an und dehnte sich merksam gegen das Zentrum aus. Unter Kompt um die Belagerung weiterer Teile des Monte bei Psi hofft und hartnäckig fortgesetzt. Gestern wurden 345 Gefangene gemacht, darunter drei Offiziere, ges. Cadore.

Die Neutralen.

Die englische Note an Amerika.

Amsterdam, 4. August. Die englische Regierung veröffentlichte heute den austauschlichen Notenwechsel zwischen der englischen und amerikanischen Regierung über die englischen Blockade-Maßnahmen und die Festhaltung des amerikanischen Dampfers *Aches*, der, auf den Hafen von Rotterdam nach New York aufgebracht und in London schließen wurde. Sie bekräftigte in seiner Note Russland um Punkt die unvermeidlichen Verlusten. Er weist den amerikanischen Redfern an Gründen des Völkerrechts die Freiheit ab, auf amerikanischen Schiffen aus neutralen Ländern Waren nach Amerika zu schaffen, wenn diese Waren deutschen Ursprungs

sind. Sie weist in freundlichstem Tone darauf hin, dass Deutschland in den Gewässern, in denen das Schiff von den Engländern aufgebracht worden sei, die englischen wie auch die neutralen Schiffe ohne Rücksicht auf ihre Bestimmung verlässt. Damit verstoße Deutschland anderwärts gegen das Völkerrecht, während England von Gott zu Gott dessen Bestimmungen genau befolgt und jedes Schiff, das empfunden werde, weil es im Verdacht stehe, Konterbande zu führen, in einem englischen Hafen führe und Schiff und Ladung dann dem Preisgericht übergebe. Darum sei es moder recht noch billig, dass Amerika verfüge, auf England einen Druck auszuüben. Dann weiß Großbritannien, dass Deutschland auch in anderer dauernd gegen die Menschlichkeit und das Völkerrecht verstoße, so dass die Neutralen alle Urechte hätten, England zur gemeinsamen Bekämpfung des Schänders des Völkerrechts die Hand zu bieten. Er spricht in diesem Zusammenhange von vergessenen Brüderen im Südwesten, von der Bewunderung gütiger Gottes in Spanien und von der Torpedierung der Lusitania. Aus allen diesen Tatsachen ergibt sich für England die Pflicht, sich keines Rechtes zu begeben, um sich und seine Verbündeten dieses Feinds zu erwehren. Mit der Abseheidung seines Auftrags verließ England die deutschen Verbünde, England keine notwendige Aufsicht zu nehmen. Weiter führt er aus, dass Deutschland von mehreren neutralen Ländern umgeben sei, über die es seine Ausfuhr ebenso leicht bewerstelligen könne, wie bei direktem Handelsverkehr mit bestreunten Staaten. Es sei deshalb nicht angängig, dass England die Blockade auf die deutschen Häfen beschränke, da sie dann den deutschen Handel kaum föhren würde und momentan die Ausfuhr deutscher Waren in grohem Maßstabe fortgesetzt werden würde. Er brauche nur davon hinzuzufügen, dass Rotterdam dem deutschen Industriezentrum näher siegt, als der nächste deutsche Hafen.

Serbiens bleibt halbstark.

Bularek, 4. August. Dem Bularek Serit wird über die Verhandlungen des Abschieden Serbiens, des Fürsten Trubetzi, aus Riga gemeldet: Trubetzi hat gemeinsam mit dem russischen Gesandten in Sofia, Saminski, dem Ministerpräsidenten Sozialistische neue militärische Vereinbarungen unterzeichnet und ihn aufgefordert, die äußersten Bedingungen anzugeben, unter denen Serbien bereit wäre, mit Bulgarien zum Zwecke einer Vereinbarung Verhandlungen einzuführen. Trubetzi forderte den Ministerpräsidenten Sozialistisch im Namen des Rates auf, Bulgarien am Balkan zu übernehmen. Er betonte wiederholt, dass eine Verbindung Serbiens mit Bulgarien ein direkter Wunsch des Rates sei. Die Verhandlungen dauerten lange, blieben aber ohne jeden Erfolg. Serbien will von Jugoslawien an Bulgarien vor Bedingung des Krieges nichts wissen. In dieser Position blieb Sozialistisch stark und unnachgiebig. Und was für die Zeit nach dem Kriege zugesagt wird, ist so geringfügig, dass es die russische Regierung gar nicht erst unterstellt, das serbische Angebot zur Kenntnis der bulgarischen Regierung zu tragen. Sozialistisch erklärte, dass nach dem Krieg höchstens von der Überlassung von Triest und Opatowa an Bulgarien die Rede sein könnte. Ein Bericht Serbiens auf Balkan sei und später ausgeschlossen. Nach diesen erfollosen Verhandlungen lebte Saminski noch Sofia zurück und setzte die Vertreter der Entente von diesem Misserfolg im Kenntnis.

Politische Rundschau.

Rüstungen, 5. August.

Weitere Veröffentlichungen aus den belgischen Archiven. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung führt heute mit der Veröffentlichung von Dokumenten aus belgischen Archiven fort. Sie bemerkt dazu u. a.: Die politische Atmosphäre, die nach dem bereits dorarbeiterlichen Besuch Königs Edward VII. in Paris den Ereignissen, die sich im Verlaufe des Jahres 1907 in Europa abspielten, eine besondere Verwandt. Sieht sich wohl mit dem mit der Schallplatte vergleichbar, die einem aufziehenden Gewitter vorausgeht. König Edward ließ seine auf Moskau gerichtete Politik fort.

Noch die Eingangsschlösser der höchsten Umgestaltung. Groß wie ausgewachsene Haustore sind die Löcher; die vereinten Löcher, die den gespülten Geschossen und den verzehrten Hener entzogen, zeichnete der Krieg in anderer Weise. Überall begangen man den unvermeidlichen Spuren des zum Kämpfen gewordenen Menschen. Das ist eine betrübende Erscheinung in diesem Kriege.

Zich rede hier nicht von dem wilden Durchwanderer, von dem Chaos der unbeschreiblichen Unordnung in den Wohnungen. Wo im steilen Weißel Truppen ein- und anströmten, jede Wohnung im Laufe der Woche oft siebenmal und noch öfter den Einwohnern wechselt, da ständige Ordnung und Sauberkeit. Es macht eine Müllheit ein Chaos heraus, ohne doch jemand von der Müllheit befleckt sein möchte. Sachen durchdringenwochen oder zu zerstören. Spät in der Nacht kommt z. B. ein bis zum Hinterteil müder Infanterist in eine Wohnung. Er macht es sich möglichst bequem. Bloß lässen will er, auf nichts sonst ist sein Sinn gerichtet. Denn in der Frühe des nächsten Tages rust ist des Krieges letzter Dienst wieder auf die Landstraße. Kein Gedanke daran, dass der Mann in seinem Quartier wieder Ordnung schafft. Der folgende Quartiernehmer kommt vielleicht mir auf Stimmen, um dem Schlaf zu opfern. Soll er etwa vor oder nach dem festen Ordnung im Quartier schlafen? Sein Gedanke daran! In weniger Tagen steht und steht alles unterkastiert über uns durchwanderer. Der eine hat ein Handbuch, der andere Seite, der dritte Trichterblatt, der vierte vielleicht ein Stück Wäsche gehabt. Was dabei herauskommt, kann man sich denken. Wer man sieht in den Wohnungen nicht nur diese Unordnung, sondern auch Werkzeuge, das sterben Hände nach Werkzeuge haben. Sie waren unvermeidbar am Werk. Aufgebrochene Räume, Räume, Schränke, Schreibtische, kurzum alle verschütteten Gegenstände, in denen entsetzte Blinderger Schätze versteckt,

gerichtete Politik fort. Sein Besuch in Spanien hatte den Abfall von Bertragny zufolge, die das Mittelmeer den Kreuzfahrtern, wenn nicht zu verhindern, so doch einzudringen bestimmt waren. Die wahre Bedeutung des englischen Besuchs in Cartagena wurde von dem belgischen Vertreter in London, wie in Berlin übereinstimmend sofort erkannt, nämlich als ein weiterer Schritt zur Sicherung Deutschlands. So treffend sagte Baron Greindl: Der Eifer, Macht, die niemand bedrohen, angeblich zu Verteidigungszwecken zu geniessen, können mit vollem Recht verdächtig erscheinen. Zu einem Bericht vom 30. Mai stellt Baron Greindl Beobachtungen darüber an, wie wenig Aussicht vorhanden sei, dass der Besuch der englischen Journalisten in Deutschland zu nichts mehr, als zum Schein einer vorübergehenden Befreiung der deutsch-englischen Beziehungen führen sollte. England, das seit Jahrhunderten fremde Flotten vernichtet habe, gebe sich kein Ansehen, als habe es die deutsche Kriegsmarine zu fürchten, während doch im Wirklichkeit Deutschland alles zu fürchten und weit entfernt ist, auf eine Befreiung des Verhältnisses zu England hinzuarbeiten, vielmehr fies der Anteil zu einem Bericht gegeben habe, eine Anmahnung an England herbeizuführen. Aber alle Beobachtungen scheiterten an der persönlichen Politik König Edwards und an dem gewissenlosen Treiben der englischen Preffe. Über den französisch-englischen und den danach bald (30. 8. 1907) perfekt gewordenen russisch-englischen Vertrag sagt Greindl, sie seien, falls sie keine Scheinarmee enthielten, nur geschlossen zu sein, um Deutschland bei Regelung von Weltinteressen wieder einmal zu übergehen. Über die Beziehung von Großbritannien und die darauf angekündigten Abfälle, die namentlich in einer Hecke von Decebal zum Ausdruck kamen, gesagt Baron Greindl zu folgendem historischen Schluss: „Die vom König Edward unter dem Vorworte, Europa vor einem deutschen Anfall zu schützen, gelehrte Politik hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr ins Leben gerufen, die in erster Linie uns (d. h. Belgien!) bedroht.“

Ergänzung Nr. 1. Der Kaiser hat den Präsidenten des Reichstages, Naemps, am Jahrestag der denkwürdigen Sitzung des Reichstages vom 4. August 1914, um Wirklichen Geheimen Rat mit dem Präsidenten Erschless ernannt. — Die Zeiten ändern sich; im Februar 1912 ist der Empfang des Präsidenten Naemps und des Vize-Präsidenten Baude beim Kaiser abgelehnt worden. Herr Naemps, dessen Präsidentschaft vom ersten Tage an nur als Verlegenheitsprodukt galt, bat es somit in kurzer Zeit zu Ehren und Würden gebracht. Eine offizielle Erklärung des nationalliberalen Partei. Die parteiähnliche Nationalliberale Korporation veröffentlicht auf der Spitze ihrer heutigen Ausgabe in Bettwiese folgende Auskunft: Verschiedene Anhänger in der Presse und in Versammlungen unserer Partei aus jüngerer Zeit haben angeblich den Eintritt herbeigewünscht, als ob lediglich Stellen im Reiche von Seiten unserer Partei ein gewisser Missbrauch entgegengebracht werde. Sollte dieser Eintritt wirklich vorhanden sein, so würde er durch die einfache Entfernung geradestehen werden, doch in der nationalliberalen Parteileitung von einem derartigen Missbrauch nicht das mindeste bekannt ist. Die Verhandlungen des demnächst auftretenden Zentralvorstandes unserer Partei werden darüber vorläufig Stillschweigen halten. — Einige Mitglieder der nationalliberalen Partei hatten befürchtet, dass die Regierung unverblümmt den Vorwurf gemacht, sie nehme zu wenig Rücksicht auf die Kreise der weissrussischen Annexionspolitik und verdiente daher kein Vertrauen.

Ein angenehmer Ritter. Bei der Verteilung der zentralrussischen Kriegsfuttermittel misst neben der Reichsjustizministerie bestimmt die Bezugsgemeinschaft der deutschen Baudirektoren mit. Der Reichskommissar soll die Aufsicht ausüben. Trotz dieser Aufsicht befinden sich die sehr bedeutsame Wirtschaftsbehörde eingerichtet zu haben. Die Leitung der Lipischen Wirtschaftsgemeinschaft, in der einige Kommunalverbände zu eigener Betriebsgemeinschaft vereinigt sind, soll sich dieser Tage veranlassen, öffentlich zu erklären, dass in der Buttermittellieferung unverblümmt den Vorwurf gemacht, sie nehme zu wenig Rücksicht auf die Kreise der weissrussischen Annexionspolitik und verdiente daher kein Vertrauen.

Zugestanden. Und in dem Inhalt der entzogenen Behälter und der Gefäße wüssten Baudirektoren, risken alles heraus, was dort war, was man nicht mitnehmen wollte, aufklatsch auf den Boden. Die Baudirektoren traten darauf, behaupteten und rührten es, Menschen wurde mitgenommen, bei der nächsten Gelegenheit zu haben. Sollte sich nicht nur erbogene und ausgeplünderte Wohnungen, sondern auch aufgebrochene Großstädte und Särgen, ja doch Blasiusberg auch hier geplündert oder doch noch Schäden gefunden haben. Dieser Krieg kostet mehr als Menschenblut und wirtschaftliche Güter ...

Gestern und heute kommen einige zivile Zivilisten nach Z. zurück. Die Juden steuern vom Erdbeben vertriebenen Juden zu. In Samischka und Dobson, wo noch ziemlich viel Einwohner vorhanden waren, ist ich ebenfalls keine Juden mehr. Einige der nach Samischka zurückgekommenen Juden in Kellerräumen ihre Wohnungen auf. Wahrscheinlich lagen über ihnen im Schutt die nicht verbrennenden Reste ihrer Häuser. Großen Schädenforscher sind die wenigen zurückgekommenen Menschen wohl kaum ausgekehlt. An den zuletzt verlassenen verlassenen Gemüse- und Obstgärten finden sie Ruhrmittel in Hölle und Hölle. Überhaupt zeigt sich auch sofort wieder der Geschäftsbetrieb. Schon heute einige Armen an einer Aufzugsstraße und bieten den Soldaten Beerenobst zum Kauf an. Am Marktplein, den auch nur noch Brandruinen umtreppen, wird bereits Tee getrieben. Auf dem Markt der Hafen von gestern pflanzen die Menschen heute wieder neue Hoffnungen. Aber ob aus den Händen Samisches neues wirtschaftliches Leben in nur annähernd dem Umfang wie vor dem Krieg erlebt wird, wird wohl noch viel Zeit vergehen. So schnell wie der Krieg verläuft und zerstört, kann Friedensarbeit nicht wieder auf-

Düsseldorf, Kriegsberichtsstelle.

lieferungen seien Beimischungen von 50 Prozent Sand festgestellt worden. Man lasse jetzt jede Lieferung unterjuden und bezahle die tatsächliche Wert des Butterfettes. Gegen diese Schwindelei lasse sich im übrigen höchstens machen, denn wenn man das offizielle gegen die Abnahme derartiger Futtermittel stränke und überhaupt Schwerterteile mache, bekomme man von der Bezugsberechtigung nichts geliefert. — Die Soße muss wohl ihre Richtigkeit haben, sonst würde das von einer behörlichen Stelle doch nicht in der Öffentlichkeit geholt werden sein. Geschädigt werden dadurch momentan die kleinen Biethalter, die in dieser Zeit fast nur auf außenhalige und Straftütermittel angewiesen sind. Man darf wohl der Erwaltung Auskunft geben, daß hier der Reichskanzler schweigt nach dem Rechten sieht.

Eine verbotene Versammlung in Baden. Der badische Landtagsabgeordnete Strobel sollte dieser Tage in Baden-Baden in einer öffentlichen Versammlung über Lebensmittelversorgung und Lebensmittelzucker sprechen. Die Versammlung verfiel dem Verbot, weil der Referent es ablehnte, das Manuskript seiner Rede der Behörde zur Kenntnis einzuleiten.

Gefangenengesetzgebung. Die Militärverwaltung wendet der Verpflegung der Kriegsgefangenen mit Recht die größte Aufmerksamkeit zu. An den Gefangenengelagern werden alle zur Anlieferung angeforderten Nahrungsmitteleinheiten, wie nicht völlig einwandfrei Besessenheit, rücksichtslos zurückgewiesen. Wir möchten nun dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Militärverwaltung auch der Verpflegung eines genauen Angemessenheitsmaßes zuwenden, die den Gefangenen auf den Gütern verbreitete wird, denen sie zur Beschäftigung überlassen sind. In der in landwirtschaftlichen Kreisen verbreiteten Kreuzzeitung empfiehlt in der Ausgabe vom Mittwoch abend s. V. eine "Deutsche Handelsgelehrte" in Berlin eine Mischung für Gefangene, die pro Woche noch nicht 10 Pfennige kostet. Doch man bei den heutigen Lebensmittelpreisen eine einwandfreie Wahlheit für 10 Pfennig herstellen kann, erscheint völlig ausgeschlossen. Es besteht über die Möglichkeit, daß genüge Rechte diese Art „Wirtschaft“ verbreiten, von dem Gedanken ausgehend, daß für die Gefangenen alles auf sei. Das darf und kann die Militärverwaltung unter keinen Umständen zulassen und beschafft in das Verlangen berechtigt, daß genau auf die Verpflegung geachtet wird, die von den Unternehmern den Gefangenengelagern verbraucht wird.

Kurgäste und Bewunderte. In St. Blasien, einem vornehmen Kurort im südlichen Teile des badischen Schwarzwaldes, hat man wegen der Kurgäste den dort untergebrachten Soldaten in ihrer Bewegungsfreiheit Beschränkungen auferlegt, die einen starken Kontrast zu der immer wieder betonten Notwendigkeit, die Gefahren und Risiken auf jede Weise zu ehren, bilden. So ist der Aufenthalt vor dem sog. Vereinslager verboten, damit die Kurgäste bei ihren Spaziergängen nicht dadurch „belästigt“ werden. Die Bewunderten haben sich im Seefest, im Liegeraum oder in den Zimmern aufzuhalten. Kerner darf sein Bewundern allein ausspielen; die Spaziergänge der Bewunderten erfolgen geschlossen in Begleitung eines Gefreiten oder Unteroffiziers, und zwar nur in der Zeit von 2 bis 6 Uhr. Auch herrscht Wirtschaftsverbot, d. h. die Gastwirte dürfen an Bewunderten geistige Getränke nicht bereithalten, wenn sie nicht damit rechnen wollen, daß ihnen die Rude gedrosselt wird. Zähnehandlung gegen diese Verfüllung sieht Arreststrafe nach sich. Mit solchen Gefahren die verhinderten Soldaten die angeordnete „Rücksicht auf die Kurgäste“ aufgenommen haben, darüber braucht nicht berichtet zu werden.

Niederkunz

Duma und Regierung. Auf Antrag der Zentrumspartei, der Obrigkeit und Nationalisten, also aller Mittelparteien, die die parlamentarische Hauptmacht in Russland haben, hat die Reichsregierung eine Resolution angenommen, die von der deutschen bürgerlichen Presse als eine deutliche Aufforderung an die Regierung aufgefaßt wird. Zur Resolution wird zunächst der übliche Respekt vor den Taten der Armee beobachtet, die Schande nach neuen Kampfmethoden ausgetragen, dann über Verfehlung des inneren Friedens, Verkürzung und Vergessen der ererbten politischen Räume gefordert, die wohlwollende Aufmerksamkeit der Behörden gegenüber den Interessen aller ländlichen Bürger ohne Unterschied des Rennens, der Sprache und der Religion verlangt. Der Reichstag erfordert darüber hinaus, daß nur die innige Einigkeit zwischen dem ganzen Lande und einer rein volksweise Vertrauen genießenden Regierung zu einem schnellen Sieg führen könne. Dann werden die Armeeführer unter die Lupe genommen und es wird öffentlich erwartet, daß strohhalbrüde Männer auch in umfassenden Stellen vorhanden seien, die mit aller Kraft bestimmt werden müßten. Man muß anerkennen, daß diese Resolution kein Blatt vor dem Mund nimmt, was in Russland umso bedenklicher ist, als auch in der Duma bisher die Regierung mit großer Erfolg jedes offene Kritisches der russischen Zustände und der Regierungsmethoden zu verhindern wußte. Die Bewertung über die Reform im Innern, über die Gleichheit ohne Unterschied des Rennens, der Sprache und der Religion zeigte deutlich, wie es in dieser Sicht jetzt noch während des Krieges in Russland besteht sein muß. Die Zustände müssen doch noch viel ärger sein, als durch die Zensur und Grenzsperre durchdringen konnte. Politisch wichtig ist aber vor allem die Stelle, daß das Land allein von einer rein volles Vertrauen genießenden Regierung zum Siege geführt werden könnte. Daraus kann man wohl entnehmen, daß die gemeinschaftliche Regierung dieses volle Vertrauen nicht genießt, denn von irgendwelchen Einwänden hat man seit längerer Zeit nichts mehr hören können. Die bei den Armeeführungen stehenden Fehler, über die sich die Duma aufsetzt, sind so allgemein rätschlich, daß man die Ausregung eigentlich nicht sonderlich versteht. — Im allgemeinen muß man zugeben,

dass die Resolution reichlich oppositionell und im Sinne der herrschenden Kräfte Russlands traktiert ist. Man wird aber einräumen, daß bei der Unzufriedenheit der russischen Bevölkerung und des russischen Heeresstaates in der Bezeichnung obsoleten müssen, ob dieser energischen Resolution entsprechende politische Zeiten folgen.

Parteinachrichten.

Der Vorstand der Parteiorganisation des 7. schleswig-holsteinischen Reichsgesetzgebungscreises, dem außer dem Ortsverein Groß-Strelitz noch 19 Ortsvereine angehören, hat eine Große aufs Beispiel voran, wie die Stellungnahme der Mitglieder zu den gegenwärtigen Parteidifferenzen ist. Zu diesem Zweck forderte in der Zeit vom 17. Juli bis 1. August in allen Ortsvereinen mit Ausnahme eines einzigen Versammlungen statt. Eine von Vorstands vorgelegte Resolution wurde in 13 Ortsvereinen einstimmig angenommen, in 5 Ortsvereinen stimmbaren 172 Mitglieder dafür und 2 dagegen, 21 entschieden sich der Abstimmung. In Groß-Strelitz stimmbaren etwa 700 dafür und etwa 30 dagegen. In großen und geringen waren die Beschlüsse gut, teilweise sehr gut beurteilt. In verschiedenen Orten fühlten nur wenige von den noch vorhandenen Mitgliedern.

In der Resolution wurde die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion gebilligt, ihnen das Zeugnis ausgestellt, daß sie im Interesse der Sicherstellung der Volksversorgung und der Herbeiführung des Friedens alles getan habe, was sie tun konnten. Das Brachte einerseits Parteigenossen in führender Stellung wird als parteiduldig und anderen Grundlagen widerprechend bezeichnet. Das Treiben der Opposition bedeutete eine informatische Untergründung der so bitter notwendigen Parteiführung und eine schwere Schädigung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterschaft. Es wird weiter in der Resolution die Erwartung ausgesprochen, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion unerschütterlich auf dem bisherigen Standpunkt beharren, damit wirkliche Garantien für einen baldigen und dauernden Frieden geschaffen werden können, der die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit des deutschen Volkes aufrecht erhält und der Arbeiterschaft die Aussicht bietet für freiere Gestaltung ihrer politischen Rechte mit gesteigerter wirtschaftlicher Unsicherheit.

Im Wahlkreis Ebersfeld-Barmen botte der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Ebersfeld-Barmen die Funktionäre und Funktionärinnen der Partei für Sonntag, den 1. August zu einer Sitzung zusammenzurufen. An nähernde 200 Genossen und Genossinnen waren erschienen. Der Abg. des Kreises, Genosse Ebert, referierte über das Thema: „Die Haltung der Partei zum Kriege“. Genosse Redakteur H. Ebersfeld hatte das Referat. Die Sitzung begann nachmittags 2 Uhr und endigte — von einer kleinen Pause unterbrochen — abends 9 Uhr. Die beiden Referenten folgende Aussprache war außerordentlich rege und wurde schließlich durch einen Staatsantrag beendet. Folgende Resolution wurde mit 72 gegen 11 Stimmen angenommen: „Die anwesenden Funktionäre und Funktionärinnen des sozialdemokratischen Vereins Ebersfeld-Barmen erklärten sich mit der Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion einverstanden und sind der Überzeugung, daß auch fernherin der Parteivorstand alles tun wird, was nach Lage der Dinge geeignet erscheint, den Frieden und die internationale Verständigung der Arbeiterschaft zu ermöglichen. Sie nehmen mit besonderer Benutzung Kenntnis von der Erfahrung des Genossen Ebert, daß es hundertlich der Annexionpolitik für die Partei nur eine entschiedene Absehung geben könne. Kerner wird erwartet, daß bei aller Meinungsverschiedenheit über die mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen die Parteigenossen nicht vergessen, daß das Interesse der Arbeiterschaft ein geschlossenes Banden der Partei gebietlicher erscheint.“ Es gehtte auf dem Boden des Memorandum der Bezirksleitung des Niederrheins stehende Resolution sommt infolge Abstimmung der vorstehenden Resolution nicht zur Abstimmung. Die gesuchte Aussprache war ruhig und vom höchsten Ernst getragen.

Soziales.

Rüstringen, 5. August.

Haben verschiedene Kriegsteilnehmer im Alle einer Versammlung Aufspruch auf Krankengeld?

In dieser für alle beteiligten Kreise überaus wichtigen Frage hat soeben das lädtische Landesversicherungsamt eine grundhöchste Entscheidung gefällt. Das Versicherungsamt hatte die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Rüstringen verpflichtet, dem Veteranen Sch. Krankengeld vom 11. September 1914 ab bis auf die weitere Dauer seines Erwerbsunfähigkeits zu gewähren, höchstens aber auf 26 Wochen. Vor seiner Einberufung war Sch. versicherungspflichtiges Mitglied der Armee, anfänglich darum batte er seine freiwillige Weiterverpflichtung erklärte. Sch. ist am 8. September 1914 auf dem Schlachtfeld am linken Untermann verhindert, vom 9. September bis 3. November im Garnisonlager Riesa versiegelt und dann mit Schonung entlassen worden. Die Kasse legte gegen die Entscheidung des Versicherungsamtes Berufung ein. Sch. sei durch die Schonungserziehung in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht beeinträchtigt, weil Löhnung und Angehörigenunterhaltung auch bei Dienstunfähigkeit fortbestehen würden und bis zur Beendigung der Heilbehandlung Verpflegung auf Kosten der Militärverwaltung in den Lazaretten gewährt werde. Daß das Krankengeld grundsätzlich ein teilweise Erholung für entgangene Arbeitsfähigkeit sei, so könnten die im Kriege arbeitsunfähig gewordenen Soldaten keine Geldrente fordern, weil die Einsätze des Kriegsteilnehmers nicht durch Krankheit, sondern mit dem Eintritt in das Heer entstanden sei und auch die Arbeitsfähigkeit als Krieger nach § 182 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung nicht versichert sei. Das Oberversicherungs-

amt verworf die Berufung. Nach der Rechtsprechung und der Auflösung der mehrgliedrigen Kommentare sei in dem Fall, daß die Mitgliedschaft des Kriegsteilnehmers als Pflichtmitgliedschaft oder infolge freiwilliger Weiterverpflichtung fortbesteht, ein Anspruch an die fragliche Leidkranke für selbstverständliche auch bei Krankheit oder Tod infolge einer Verwundung im Kriege gegeben. Denn der Anspruch auf Krankengeld ist nur Arbeitsunfähigkeit, nicht einen tödlich eingetretenen Erwerbsverlust vorwurft. Gleichfalls sei nicht erforderlich, daß einem Kranken tatsächlich ein Arbeitsverdienst entgeht. Es bleibe somit der Anspruch eines Kriegsteilnehmers auch dann erhalten, wenn der Verwundete keine Möglichkeit des Erwerbes hat.

Sowohl die Herbeiführung einer grundsätzlichen Entscheidung legte die Kasse Revision ein. Es wurde Berufung von § 182 der Reichsversicherungsordnung gerichtet und auf die Ausführungen von Stellholzen über die Arbeitsverpflichtung hingewiesen. Das Landesversicherungsamt hat das Bedenkmittel verworfen. § 313 der Reichsversicherungsordnung habe auch auf den Kriegsfall Anwendung zu erfordern. Wenn jemand verwundet werde, auch im Auslande, also in Belgien, Frankreich usw., und er habe sich freiwillig weiterverpflichtet, so fehle er im Falle einer Verwundung die Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit zum Bezug von Krankengeld berechtigt. Es handele sich um die erste grundsätzliche Entscheidung dieser Art, eine gleiche Entscheidung des Reichsversicherungsamts sei demnächst zu erwarten.

Anmeldung von Entschädigungsansprüchen. Das Amt Auerbach bekannt: Diejenigen Grundbesitzer, welche die nach Anlagen der Kaiserlichen Fortifikation (Anlegung von Stützpunkten und Tiefwasserhafen, Schließung der Tiefe, Überflutung und dergl.) ihnen verursachten Schädigungen noch nicht zur Entschädigung angemeldet haben und noch finanziell geltend machen wollen, werden aufgefordert, diese bis zum 7. d. M. hier zu erledigen. Es darf erwartet werden, daß nicht sehr geringe Schädigung, sondern nur wirklich erhebliche Schäden angesetzt werden.

Über Bekanntmachung und Verhagnahme von Chemikalien und ihre Behandlung hat dasstellvertretende Generalkommando eine neue, die Verordnung vom 30. Juni 1915 aufstellende Verordnung erlassen. Betroffen werden Solpeter, Salpeterkörner, Toxol, Japonkämper, Gläserin, Schwefel, Zinfeldine, schweflige Säure, Schwefelsäure, Chlor, Chloral, Zinkchlorat, ausnahmsweise auf dem Herstellungsweg dieser Chemikalien sowie daraus gefertigter Kampfmittel wie Pulver, Sprengstoff und, aller Art, Proben find gewisse Wiedergewinnungen (siehe Verordnung), Meldefrist bis 10. August 1915, später zum 10. jeden Monats. — Meldecheinwerber werden Firmen, die bisher schon gemeldet haben, unaufgefordert zugelassen. Wer bis 5. August keine Meldecheinreisen erhalten oder bisher überhaupt noch nicht gemeldet hat, hat die Scheine am 6. August bei der kriegs-Chemikalien-A.-G. in Berlin W 66, Ministerstraße Nr. 63/65, schriftlich einzufordern. Die Bestimmungen über die Vermendung und Verarbeitung der unter Verhagnahme stehenden Chemikalien sind durch die Verordnung gegen früher wesentlich geändert. Auf Anfordern wird jedem Beteiligten von der stellvertretenden Intendantur 10. A.-G. in Hannover ein Abriss unentgeltlich zugestellt.

Über ein Herstellungsvorbot für Erzeugnisse aus Pflanzen hat dasstellvertretende Generalkommando eine Verordnung erlassen, die am 15. August in Kraft tritt. Verboten wird, Pflanzöle zur Herstellung von Garnen, Seilen, Kettösen, Seilen für Web- und Bettwäsche, Hauss- und Tischdecke, Kleider- und Unterwäsche, Stoffen für Inneneinrichtung, Stoffen für technische Zwecke, Wandern, Litzen, Gurteln, Bekleidungsstücken, Polstermöbel, sowie Wirkstoffen jeder Art zu verwenden. Unter Pflanzölen werden Zute, Zitrus, Rosine, Saat und andere Seiterkern, sowie alle bei der Bearbeitung entstehenden Bergarten und spinnfähigen Abfälle verstanden. Auf Anfordern wird jedem Beteiligten von der stellvertretenden Intendantur X. A.-G. Hamm, ein Abriss unentgeltlich zugestellt.

Ein Sittenattentat verübte heute morgen 9½ Uhr in den Schießständen des Schützenvereins ein Matrosenjäger an einem 10jährigen Kind. Eine Frau hörte das Schreien des Kindes und veranlaßte den Wüstling, sein Leben freizugeben. Während der Soldat, ein Oberstammernmannspat B. der Baudivision, verhaftet werden konnte, machte der Attentäter sich sofort nach seiner Verletzung aus dem Strome. Es liegt nun viel daran, daß der Knabe aufsteigt und werden beschafft die Eltern oder der Lehrer dringend erachtet, sich mit der Gendarmerie in Verbindung zu setzen. Der Knabe trug dunkle Mütze, dito Hose und eine gestreifte Marineliefe.

Der Sammelbüchlein erwähnt in der Person eines Werkstofflers g. Der Verhaftete gestand 5 Diebstähle in der Baudivisionen-Werkstatt und in Neuenhagen ein.

Gute Jagdbeute. Dem Jäger Collmann zu Rüstringen gelang es, auf der Wüstumplatte drei statliche Schnecken zu erlegen und mit seinem Motorboote zu Hause nachzutragen.

Auf dem Fundament Rüstringen, Wissenschaftsstraße 158, ist eine junge Schäferhündin als geraubt angemeldet worden.

Aus aller Welt.

Bootsunfall auf der Spree. Durch den Wellengang eines Sterndampfers schlug ein mit zwei Insassen beladen Boot nahe der Abtei bei Stralau um. Die Insassen, ein Herr und eine Dame, sind ertrunken.

Wetterbericht für den 6. August.

Etwas wärmer, gleichzeitig trüb, schwachwindig, vielerorts etwas Regen. Starkhaarige Gewitter.

Beratungsbericht des Reichsgerichts: Oskar Hünlich. — Bericht vom Paul Hug. — Abstimmend von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Ölberg eine Bellage.



Selten günstiges Angebot in Damen - Gummi - Mänteln.

Wir hatten Gelegenheit, einen grossen Posten Gummi-Mäntel noch sehr billig einzukaufen und stellen dieselben, so weit Vorrat reicht, zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf. Nur beste Qualitäten in Wolle, Seide und anderen Stoffen . . . Mk. 80.00 bis 43.50 39.50 35.00 29.50 **25⁰⁰**

2831

Bartsch & von der Breite.

Bekanntmachung.

Das Leberhandnehmen der Blütlauß in den heiligen Obstgärten veranlaßt uns, auf die Ortspolizei-Verordnung vom 9. Oktober 1915 hinzuweisen, wonach die Eigentümer und Wächter von Apfelbäumen verpflichtet sind, von dem Aufstellen des Blütlauß dem Stadtmagistrat sofort Anzeig zu erstatten und eine Reinigung der Bäume vorzunehmen. Die vorliegenden Blütlauß sind zu verneinzen und die Bäume mit einem kleinen Blütlauß-Baumkorbabdeckel zu beschützen. Räte ich nach erfolgter Reinigung und Desinfektion noch eine Handhabe bemerkt, so ist die Arbeit zu wiederholen.

Zusammenhang werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mr. bestraft.

Rüstringen, den 2. August 1915.

Stadtmagistrat
Dr. Luetken. 2830

Sreibank am Schlachthof
Beleg abend 6 Uhr

Frleisch-Verkauf
Schlachthof-Direktion: 2837

Bekanntmachung.
Die von der Gemeinde in der Kolonie der Metallwerke zu Blieseworden gebauten

Kartoffeln

(Zuli-Rieren)

etwa 1 ha. sollen am Sonnabend den 7. August, nachmittags 4 Uhr, höchst zulässig gegen Barzahlung verkauft werden. Frauen, welche Familienunterstützung beziehen, können gegen Entrichtung von einem Drittel des Kaufpreises die Rettsumme in mehrmonatlichen Raten zum Abtrag bringen.

Blieseworden, den 2. Aug. 1915.

Gemeindevorstand Blieseworden

Dr. E. Büning. 2788

B. F. Kuhlmann

Inhaber: E. Kuhlmann
Bismarckstraße 69.

Taschenmesser

Dolchmesser

Scheren

Rasiermesser

Rasierapparate

Rasierkästen

Seife und Pinsel

Streichriemen

Taschenmesser.

Altestes

Geschäft am Platze.

Gegründet 1874.

Bismarckstraße 69.

B. F. Kuhlmann.

Volksküchen, Rüstringen

Wilhelmsstraße u. Ullmenstraße.

Metallobetten

an Private.

Katalog frei.

Holzrahmenmatratzen, Kinderbetten

Eisengussfabrik, Suhl i. Thür.

Brotkarten-Ausgabe.

Die nächste Ausgabe der Brotkarten findet am Sonnabend den 7. d. M., nachm. von 3 bis 6 Uhr wie bisher, in den evangelischen Volksschulen statt. Jeder erhält die auf seiner Auswurfsarte vermerkten Brotkarten gegen Einreihung der alten Brotkarten-Abschnitte in der Schule seines Bezirks. Die Ausgabe der Karten erfolgt für 4 Wochen. Rüstringen, den 5. August 1915.

Stadtmagistrat.

Dr. Luetken. 2836

Georg Buddenberg

Buchhandlung, Buchbinderei

Rüstringen, Peterstraße 86

empfiehlt sich zur

Lieferung sämtlicher Zeitschriften,

Mode-Journale, Romane usw. — Schön

Auswahl in billigen Kloßverlagen, ferner

gewerblich-scientifische und politische Literatur. :::

Schulbücher und Schulutensilien.

Zeichentafelstiften. — Antiquariat.

Einswarden - Bliesen - Bliesewarden.

In dieser ernsten Zeit ist es die heiligste Pflicht für unsere Leser, den Kreis zu erweitern. Für pünktliche Zustellung bürgt

Die Filial - Expedition.

Arbeitsvermittlungsstelle und Wohnungsanzeige
des Hilfsvereins Rüstringen, Wilhelmsh. Str. 63 (Rathaus).

Zimmer 7. Dienste, Nr. 79 und 1165. Geöffnet von 8/4 bis 12 Uhr

vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachmitt. (außer Sonntagnachmitt.).

Offene Stellen: **Stellenanzeige:**

45 Erwachsene, 6 Hausdiener, 8 Dienstmädchen, 12 Stubenfrauen, 1 Schreibereitung.	6 Kontoristinnen, 27 Dienstmädchen, 7 Wahlfrauen.
---	---

Wohnungs-Angebote: **Gefüche:** 2835

3 Gründige Wohnungen, 15 möbl. Zimmer aller Art, 1 Laden mit Zimmer.	55 2-7-Zimmer-Wohnungen, 10 möbl. Wohn- u. Schlaf., 1 möbl. Wohn-, 5 leere Zimmer.
--	--

Bu verkaufen

bei kleiner Anzahlung mein in Rüstringen, Ecke Werls- und Bismarckstraße, belegenes

Haus

worin Wirtschaft, Buch- und Zigarren-Handlung betrieben wird.

B. W. Frerichs

2826

Wegen Platzmangel 15 bis

20 Stück allerlei

Zäuferschweine

zu verkaufen. [2837]

Heinz, Bliese, Rüstringen,

Ullmenstraße 54.

Nietverträge bei Paul Hug & Co.

Wülfingstraße 7. [2838]

Sozialdemokr. Wahlverein

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Sonnabend den 7. d. M., abends 8.30 Uhr im Schultheiß, Ullmenstraße 91:

Wichtige Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung u. a.: Bericht vom letzten

Wahlkreis, Bericht von der Vorstände.

Konferenz in Oldenburg usw. usw. :::

Zahlreicher Besuch erwartet [2839] Der Vorstand.



Kölner lustige Bühne.

Grosser Erfolg!

Heute und folgende Tage:

Um eine Million

Detectivkomödie in 4 Akten.

Theaterklasse 10—12 Uhr und von 4 Uhr ab. [2773]

Alibi Unterhaltung.

Sonntag den 8. August er.

abends 7 Uhr: [2833]

Veranstaltung

bei Halverland, Greifz.

Vor Beginn Gedicht der Betriebe.

Der Vorstand.

Allgem. Ortsfrankensetze

für den Amtsbezirk Halverdingen

Vom 9. bis 10. August.

Hebung der Beiträge

Sonnabends werden keine Beiträge angenommen.

[2825] Der Rechnungsführer.

Verreise vom 6. Aug. ab

auf etwa 3 Wochen.

Sprechstunden während dieser Zeit v. 5 bis 6 Uhr nachmittags an Wochentagen, v. 2 bis 3 Uhr nachmittags an Sonntagen.

Besuche sind möglichst von 8 bis 10 Uhr morg. zu bestellen.

Dr. med. Arkenau

Fedderwarden.

Rüstringer Sparkasse.

Von dem Grossherzgl. Staatsministerium als mündsicher anerkannt.

Hauptstelle: Wilhelmshavener Straße Nr. 5. :::

Nebenstelle: Götkerstraße Nr. 14, Ecke Ullmenstr.

Annahme von Spareinlagen in jeder Höhe.

Verzinsung vom nächsten Werktag ab.

Zinsfuß 3½ Prozent.

Abhebungen und Einzahlungen können bei jeder Geschäftsstelle erfolgen.

Giro-, Ueberweisungs- und Anweisungsverkehr.

Anlagestelle für Mündelgelder.

Einlösung von Scheinen anderer Sparkassen u. Banken.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Besorgung neuer Zinsscheinbögen.

Übernahme regelmässiger Zahlungen von Steuern,

Mieten, Hypothekenkosten etc.

Uebertragbarkeitsverkehr mit anderen Sparkassen.

Kostenlose Abgabe von Haussparkassen.

Darlehensgewährung gegen Hypothek und Bürgschaft oder Unterlegung von Wertpapieren.

Kostenlose Auskunft in Vermögensangelegenheiten.

Den Beamten ist strengste Verschwiegenheit auferlegt.

[2832]

Achtung! Achtung!

Bürgerverein Nenbremen.

Sonnabend den 7. August 1915, abends 8.30 Uhr im Vereinslokal W. Halverland, Grenzstr.:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresabschluss.

2. Wahl des gelungenen Vorstandes.

3. Hebung der Beiträge.

4. Aufnahme neuer Mitglieder.

5. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen eracht

Der Vorstand.

[2835]

Hauswäsche-Frauenlob

Ansprechender 580 W. Helmstedt Margaretenstr. 7

Ruhwäsché (salz trocken) 25 Pfund 2.50 MR.

Trockenwäsché 25 Pfund 3.00 MR.

Mangelwäsché 25 Pfund 2.75 MR.

Bunte und Wellenwäsché . pr. Pfund 5 MR. mehr.

Gerige Hauswäsché 100 Stück 8.00 bis 10.00 MR.

Garantiert ohne Chlor



Empfehl:

Steinbutt, Rotlungen,

Schiffliche, Schollen, Roblau

Seelachs, Seehecht,

Flachsforelle, Matjesheringe,

Del-Sardinen in gr. Ausm. u. gr. Ver. Alte, Flachsforellen.

Jos. Stehne Nachf.,

Wilhelmshavener Str. 29

Telephon 732 Telephon 732

Recks Böller zu verkaufen.

Raupe jedes Quantum

alte Blumentöpfe

2830] Görimer Mademann,

Wörterstraße 63.

R. Winter

Färber und dem Waschanstalt,

Rüstringen, Peterstr. 59.

Versicherungsfragen.

Eine Konferenz der Vertreter der Versicherten bei den Landesversicherungsanstalten, die erste dieser Art, hat am 2. August im Reichstagsgebäude stattgefunden. Während die beauftragten Vertreter der Landesversicherungsanstalten alljährlich auf Kosten der Versicherungsanstalten zusammenkommen, steht das Gesetz derartige Zusammensetzung für das Patienteneltern nicht vor, die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten haben keine Gelegenheit, ihre Meinungen und Erfahrungen auszutauschen. In der Erkenntnis, dass gerade mit Rücksicht auf den Lebensversicherungsanstalten aus der Kriegsfürsorge erweiternden Aufgaben ein gemeinsamer Vorsprung der Vertreter der Versicherten erforderlich ist, hatte deshalb die Generaldirektion der Gewerkschaften in Verbindung mit dem Generaldirektorat des Gewerkschaftsbundes der deutschen Gewerkevereine, dem Generalrat des Reichsverbandes der deutschen Gewerkevereine und dem Vorstand der polnischen Gewerbevereinigung die Konferenz einberufen, die von allen Landesversicherungsanstalten zahlreich besucht war und zu der auch des Reichsamt des Innern, des Reichsversicherungsamt und das Königliche Südliche Landesversicherungsamt Vertreter entstanden waren.

In das Referat über den ersten Punkt der Tagesordnung „Die grundlegende Bedeutung des § 127 RVO.“ und die „Büro für die Kriegsteilnehmer“ hatten sich Reichsbaudirektor und Arbeitsleiterbüro Willi geteilt. Der § 127 RVO. gestaltet definitiv den Berichtszeitraum mit Genehmigung der Kriegsteilnehmer Mittel aufzunehmen, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Gewährung der gehandhabten Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen. Wöhrend Abg. Giesberts sich auf einige allgemeine Bemerkungen und auf eine kurze Charakteristik der Finanzgeschäfte der Landesversicherungsanstalten beziehend, und der Ansicht Ausdruck verlieh, dass es nötig sei, einem einer größeren Sicherheitlichkeit herbeizuführen, sodann das ganze unter einer bestimmten Sicht zu bringen und schließlich den Charakter der Rückerstattungskontrollen als Rentenkontrollen nicht zu sehr verwischen zu lassen und die Verwendung der Gelder, namentlich die Verwendung der Mittel für die Kriegsfürsorge, in einer ordnungsmäßig bestimmten Rahmen zu bringen, verdeutlichte sich Willi eingehend über die Aufgaben, die den Landesversicherungsanstalten im einzelnen erwachsen. Er ging davon aus, dass die großen physischen Einwirkungen und die rücksichtlichen Anstrengungen des damaligen Krieges die Kriegsteilnehmer Anforderungen stellen, denen sie physisch und körperlich vielfach nicht gewachsen sind. Von unten im Felde stehenden Brüdern werden gar viele geschwächt und zu Krankheiten und Sichtstörungen disponiert zurückkehren, auch wenn sie nicht verunreinigt sind, und bei ihnen wird die Invalidität unüberwindbar eintreten, als es sonst der Fall gewesen wäre. Für sie alle materiell und geistigheitlich zu sorgen, ist nicht nur eine Ehrenpflicht des Staates, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Fenilleten.

Der Kampf im Spessart.

Erzählung von Berlin Schadig.

19

4. Kapitel.

Es war am Mittag dieses Tages. Der gefürchtete Deutnant hatte eben die Chalope für das Gelände läuten lassen, aber die zwei Freunde, die unter seinem Befehl standen, hatten es nicht der Mühe wert gefunden, sich einzutun; nur Frau Afra, die Deutnacht und ein paar erschrockene Mägde drängten sich jetzt auf dem Hofe vor ihm. Die Mägde wollten geholt haben, doch man es in südländlicher Richtung brennen lese, über Heidenland hinzu; einer der Freunde, der an Wormsberg oben auf der nächsten hohen Bergkuppe war, sollte es gelehren haben.

„Und wo ist der Knoper, der Schlingel?“ rief der Schlosser aus. „Weshalb kommen die Burschen nicht?“

„Sie sind davongetaufen, ihre Lüffen zu holen, die sie im Walde versteckt hatten — die verworfenen Männer,“ rief Frau Afra.

„Der Tod stand darauf!“ fiel eine der Mägde ein. „Die Bursengesellen hatten den Tod darauf gesezt, wenn einer ein Deutnacht habe, und doch hatte der Knoper wie der Tod eine Nächte, Gott weiß woher; dann sind sie fortgegangen; es geht los, sagten sie, der Knoper Brudert führt sie an.“

„Und man hört schon die Römonsdägle; der Boten, der, der vor Eisenstadt kam, hat sie selber gehört,“ rief die andere aus.

„Und ich sag euch, der Boten ist ein Dägner!“ lachte im sornigen Distant der geliebte Schlosser sich anstrengend mit leis aufgerissenen Lippen auf die erschrockene Gruppe hinauf. „Wenn da irgendwo eine Hütte brennt, so brennt eine Hütte — Punktum! Und Römonsdägle! Dummkopf! Es müsst denn sein, die Römonsdägle!“

Die Durchführung des Heilverbretzens ist in erster Linie Sache der Militärverwaltung, aber diese wird sich vielfach darauf beziehen müssen, die erste Heilung vorzunehmen, und die Behandlung wird selbst beim besten Willen vielfach nicht so eingehend sein können, um Invalidität im Sinne unserer Invalidenversicherung zu verhüten. Recht ist werden für die Folgen des Krieges erst später bemerkbar machen, die es im Krieg, erworbene Disposition unter der Einwirkung irgendwelcher Umstände zu schweren Krankheiten Anlass gibt. So ist es streitig, ob es sich dabei im Nachfolgen des Krieges handelt, aber es wäre beflohenwert, wenn sich etwa zwischen den Trägern der Invalidenversicherung und der Heeresversicherung ein Streit darüber entspinne würde, wer die Durchführung des Heilverbretzens zu übernehmen habe. Der Krieg hat die Landesversicherungsanstalt vor einer weiten Aufgabe gestellt, die möglichst vollständig durchzuführen erforderlich ist. Es handelt sich darum, dass die Zahl der gleichzeitigen Erkrankungen unter den Kriegsteilnehmern momentan im Welten eine gewaltige Steigerung erfahren hat. Die Militärverwaltung könnte mir die erste Heilung bewirken, das andere sei Aufgabe der Landesversicherungsanstalten. Über diese kommen ihrer Ausgabe nur gerecht werden, wenn die Militärverwaltung ihnen, die zu ihrer Kommission gehörige, Hilfe einer erneuerten gesetzlichen Erkrankung mobbt. Also auch hier müssen Landesversicherungsanstalten und Militärverwaltung zusammenarbeiten. Auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus sei eine möglichst vollständige Wiederherstellung der Kriegsverletzten und der Kriegsverwundeten dringend notwendig. — Man darf nicht vergessen, dass heute jüdische Frauen und Jugendliche in der Industrie beschäftigt sind. Das sei ein Beweis dafür, dass es möglich sei, auch Kriegsverletzte zu beschäftigen. Im Laufe der Zeit würden weniger Leistungsfähige im monate Berufe in erheblicher Zahl eindringen und darin liege eine große Gefahr für die Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne. Ihre beschränkten Einkommensfähigkeit wegen würden sich die weniger leistungsfähigen Arbeiter mit ungünstigeren Arbeitsbedingungen aufreden geben. Deshalb sei es vor gewerkschaftlichen Standpunkt aus notwendig, die Zahl der minder Leistungsfähigen so gering werden zu lassen wie nur möglich und bei den trotzdem bestehenden Einkommensfähigkeiten das Maß dieser Beschränkung zweckmäßig wie nur denken. Dazu kommen noch eine Reihe weiterer Aufgaben. So mühten sich die Landesversicherungsanstalten mehr um die gehandhabten Verhältnisse in den Fällen der Kriegsteilnehmer flümmern und nach Möglichkeit eine Kriegsversorgung einführen, wie es z. B. in Württemberg geschehen sei. Weitere hätten für die Arbeitslosen zu sorgen. Aber immer dürfe es sich nur um die Unterhaltung von Wohnabben handeln, die in erster Linie vom Staat, vom Staat und von den Gemeinden zu erfüllen sind. Die Mittel der Landesversicherungsanstalten seien groß, sie gehen in die Milliarden. Aber man wisse nicht, welche Kosten ihnen für die Zukunft erwarten und deshalb dürfe die Kriegsfürsorge im Rahmen des § 127 nicht begreifen, die Anstreben finanziell zu schwächen, dass sie ihre anderen Aufgaben nicht mehr erfüllen können. In erster Linie kommt es darauf an, dafür zu sorgen, dass endlich

die Altersgrenze für die Altersrente herabgesetzt und die Renten erhöht werden können.

In der sehr lebhaften Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne der beiden Referenten aus. Gründungswerk ist die Errichtung des Genossen Brüderhof, des Vorstandes des Verbundes der Ortsgruppenkassen, doch auch die Gruppenkassen sich gern und freudig in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen würden. Das werde bestreitend auf die Tätigkeit in den Versicherungsanstalten wirken, es werde die Bahn für machen zu einer geistigen Zusammenarbeit, durch welche die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber auf die Gestaltung der Versicherungsanstalten und ihre Maßnahmen einen größeren Einfluss erlangen. Senatspräsident Steinwand vom Reichsversicherungsamt verteidigte die von einigen Landesversicherungsanstalten eingeführte Ehrengabe an die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern, die in der Diskussion verschiedentlich auf Widerstand gestoßen war. Es wurde darauf hingewiesen, dass es eine Ungerechtigkeit sei, die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern in dieser Beziehung auf Kosten der Versicherten besser zu stellen als die Hinterbliebenen der durch Betriebskästen zu Tode gekommenen Personen. Schließlich gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme:

1. Die Träger der deutschen Arbeiterversicherung sind an der denkbar besten Gestaltung der verunreinigten und erkrankten Kriegsteilnehmer aufs höchste interessiert. Ganz abgesehen von dem allgemeinen menschlichen Bunde, einen jeden durch den Krieg in seiner Gewerbsfähigkeit bedrohten die Erwerbsfähigkeit so vollständig wie nur möglich wiederherzurichten zu lassen, gebietet das finanzielle Interesse der Versicherungssträger, jeder Bedarf zu unterliegen, der diesem Ziel näherkommt. Ob die Gestaltung der Versicherungsanstalten oder Gruppenkassen auch Sache der Militärverwaltung, und ob sie jedoch auch mit allen Mitteln der Wissenschaft und der Technik, so wird diese Gestaltung doch unter den gegebenen Umständen zweckmäßig so intensiv sein, wie es zur Verhütung der Invalidität erforderlich ist. Hier einzutreten, liegt nicht nur im Aufsichtsrecht der Landesversicherungsanstalten, sondern gebietet ihnen die Pflicht. Dies gilt momentan auch von der Fürsorge für Kriegsteilnehmer, die später an den Nachfolgen des Krieges, Herz, Nerven, Augenleiden, Rheumatismus u. dergl. erkranken. Auch die Bekämpfung der Gedächtnisstörungen darf im Hinblick auf die große Gefahr, die hierdurch der gesamten Bevölkerung entsteht, nicht aus irgendwelchen rechtlichen Bedenken vernachlässigt werden.

2. Über die Gewährung des Heilverbretzens im Einzelfall hinaus wird man von der Würde des § 127 des RVO. Gebrauch machen dürfen, um sogenannten allgemeinen, auf die Gestaltung der verhältnispflichtigen Bevölkerung gerichteten Befreiungen Mittel der Landesversicherungsanstalten aufzuhanden. Zur den Rahmen dieser Ansprüche würde auch die Unterhaltung der Befreiungen fallen, deren Ziel es ist, die Kriegsbeschädigten noch Möglichkeit wieder in den alten Lebenskreis zu bringen. Auch die Befreiungen zur Wahrung von Arbeit und zur Unterhaltung von Arbeitslosen, zur Vermeidung einer Verdrückung der gehandhabten Verhältnisse in den betroffenen Siedlungen, wie sie besonders wieder nach dem

erbrechen über die Mitteilung, dass ich kein anderes Abl auf Erdn habe als dieses, und hätte ich eins, — Sie be-greifen —

Benedicte wandte den Blick leicht erröthend zu Boden und vollendet nicht.

„Ja begreife, ich begreife,“ fiel Wilderich tief aufnahmend ein; „doch Sie würden nicht glauben, dass Sie sich von mir dünnen dahin führen lassen. O mein Gott, ich begreife oft, auch wie ausdrücklich Ihnen meine Sorge um Sie vorwärts muss, wie unbeholflich, wie läufig vielleicht, aber in Stunde der furchtbaren Eregung, wie sie dieser Tag uns bringt, verzerrt man die Nachrichten, und das fieberhaft schlagende Herz sprengt die Fesseln der Furcht, von der Sitten gebotene Ruhehaltung, die es in ruhiger Zeit vielleicht noch lange ertragen hätte. O gännen Sie mir deshalb nicht, wenn ich in dieser Stunde Worte zu Ihnen spreche, die Ihnen wie die eines Toten vorkommen müssen!“ Aber Ihre Rüde, Ihre Siedlichkeit hilft nun einmal, seit ich Sie gesehen, das Angesicht meiner Gedanken geweisen; alles andere ist für mich dahinter zurückgetreten; der Gedanke an Sie, an das, was Sie mir gesagt, an Ihr Vor, von dem Sie mit dem Tone einer Slogie, die mein Herz bluten mochte, gesprochen — der Gedanke daran verlässt mich nicht, er hat mich ungeheuerlich, er hat mich zu einem andern, all seinen früheren Leben und Leben, allen seinen früheren Unterlagen entfremdet Menschen gemacht! Ihr Schatz und meines — nur über das eine noch kann ich Ihnen und denen und gräben — Ihr Schatz und meines, Sie haben vor mir so verdeckt, so entfeindeter angekommen, so vom Himmel zusammengeführt, um mich zu verfechten — o mein Gott, was sage, was gestebe ich Ihnen da alles! Welche Toreheit, so mein inneres Herz Ihnen zu entführen und Sie zu erzürnen, mir vielleicht auf ewig zu entfremden — um des Himmels willen, Benedicte, vergeben Sie es mir — ich kann in dieser Stunde, wo die Eregung, die Weidenschaft, der Gedanke an den blutigen Sonntag, der beginnen soll, in mir stimmen wie ein Motor mit seinen Wagen, ich kann nicht anders reden. Ich will ja auch keine Antwort, keine, keine — nein, nicht jetzt — lassen Sie mir mir, ich siehe Sie darum — die Gelegenheit, Ihnen zu zeigen, was ich bereit bin, für Sie zu tun — und wäre es, für Sie zu sterben!“

(Fortsetzung folgt.)



Gutachten der vom Militär Entlassenen notwendig werden, namentlich durch Gewährung von Darlehen an Gemeinden, Körperschaften und gemeinnützige Bauvereine, sind durchaus zu billigen.

3. Im Gegensatz zum Gerichtsverfahren kann es sich bei den zu bezeichnenden, im einzelnen noch garnicht zu übersehenden Auswendungen aus § 1274 BGB, nur um Unterstützung von Maßnahmen handeln, die durchzuführen in einer Linie dem Reich, daneben den Bundesstaaten und Gemeinden obliegen. Diesen Stellen dürfen die Landesversicherungsanstalten die Erfüllung ihrer gewöhnlichen und unerlässlichen Pflichten in seiner Weise abnehmen, nur erlangend sollen sie hier eingreifen.

Eine über die Grenzen hinausgehende Beteiligung der Landesversicherungsanstalten an dieser Aufgabe würde die Rücksicht auf die Interessen der Versicherten im allgemeinen vermissen lassen und dazu führen, einer Heraushebung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente, der nach Artikel 84 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung dem Reichstag noch in diesem Jahre zur erneuten Verabschaffung vorgesehen ist, oder der so dringend notwendigen Erhöhung der Hinterbliebenenbezüge Schwierigkeiten bereiten. Diese Gefahr ist um so stärker nicht unverhindert, weil die dauernde Befafung der Versicherungsfüger durch die aus dem Kriege direkt oder indirekt entstandenen zahlreichen Invalidenrente- und Hinterbliebenenrenteempfänger recht groß sein wird.

Wenn für die gesamten Kriegsfallgezeuge der vom Reichsversicherungsamt vorgesehene Betrag von ca. 5 Proz. des Vermögens verwendet wird, so erscheint dies das alleräufigste, das dafür verausgabt werden darf.

Die gleiche Gnimitigkeit tritt zutage bei dem zweiten Punkt, der Mitwirkung der Vertreter der Versicherten in den Vorständen und Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten. Nach einem einleitenden Referat des Arbeiterschreibers Heite-Stuttgart und einer eingehenden Erörterung nahm die Konferenz einstimmig eine Resolution an, die im wesentlichen eine Verbesserung der allgemeinen Arbeitsstellung des Polizelements fordert und bis dahin die Erringung eines größeren Einflusses durch Abänderung der Suhungen nach verschiedener Richtung hin ampflicht. Weiter wird gefordert, daß zur Erzielung praktischer Arbeitsresultate nicht nur die Arbeitervertreter untereinander Rücksicht suchen, sondern daß sie auch anstreben sollen, Einfluß auf die Arbeitgebervertreter zu erlangen.

In einer dritten Entschließung erklärte die Konferenz periodische Auskünfte der Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber für ebenso notwendig, wie allgemeine Verständigungen über die Grundätze bei Führung der Geschäfte der Landesversicherungsanstalten und richtet an das Reichsversicherungsamt das Schreiben, in Zukunft die Verkommunisierungen auf Kosten der Landesversicherungsanstalten herbeizuführen. Die aus den Debatten sich ergebenden Vorberatungen soll eine besondere Kommission durch Vorstellung beim Reichsversicherungsamt durchsetzen lassen. Da die Kommission wieder gewählt Abg. Giesberts, Arbeiterschreiber Wessel, Abg. Prüsbeck, Abg. Seder-Sohn und anderden sollen die Vorstände der Landesversicherungsanstalten Brandenburg und Berlin je ein Mitglied entsenden.

Am hohen Abend schloß Abg. Bauer nomens der Eisenbahn die Verkommunisierung mit dem Wunsche, daß auch in Zukunft die Vertreter der verschiedenen gewerkschaftlichen Rücksichten in bestimmten Fragen gemeinsam zusammenarbeiten mögen.

Soziales und Volkswirtschaft.

Kriegsprophete. In der Kreuzzeitung behandelte Kommissarial-Cippe den Einfluß des Krieges auf die deutsche Industrie. Siam Beweise dafür, wie preußisch das abgelaufene Kriegsjahr für die verschiedenen Industriegewerbe war, stellt er eine lange Liste von Betriebsergebnissen fert. Wir lassen eine kleine Auszahl davon folgen:

	Dividende 1914/15	Im Vorj.
v. p. h.	v. p. h.	
Deutsche Maschinenbau AG, Schwerin	25	20
Schweriner Gußstahlwerke, Annen	12	8
Gußstahlwerke Witten, vorwiegendlich	15	10
Deutsche Berliner Roburhändler A.G.	7	0
W. Ahrens Vereinigte Hartburger Metallarbeiten	16	12
Bodumer Verein, Bergbau Gußstahlfabrikation	14	10
Jüdelshof Glasglashütte	20	8
Oberhessische Schießwollfabrik	25	10
Publ. Löwe-Berlin	30	18
Glashütter Textilwerke	15	0
Bereit. deutscher Schleifstein in Mannheim	12	5
Sprengstoffwerke Glashütte	40	0
Mannesmannwerk	15	10
Hermannsmühle in Bönen	18	9
Würzburger Kunstmühlen und Eisengutfabriken	18	7
Heideröder Spitzbar	12	5
Werner Rosenthalmühle	17	11
Schlesische Webereiwerke St. Ingbert	10	0
Westerwälder Weberei vom Wald u. Schiefe W.G.		
Ringschleife a. D.	15	9
M. Wolf A.-G. Magdeburg-Pudem. Stammfabrik	10	0
Homannsche Brauerei	8	0
Emil Salz, Spezielle Fabrik, Rathenow	17	10
Stahlwerke Richard Lindenberg A.-G., Remscheid	24—25	12

Zu diesen Dividenden kommt oben noch lange nicht der wirtschaftliche Gewinn zum Ausdruck. Der Verfasser sagt dazu fücht: „Bei diesen Ergebnissen bleibt zu berücksichtigen, daß die meisten Unternehmungen eine sehr weitreichende Verteilung des Reingewinns durch hohe Rücklagen, Anhäufung von Reserven, Sonderrücklagen für künftige Betriebsförderungen, Kriegsunterstützungsmittel, Verbesserung von Betriebsanlagen usw. vorgenommen haben. Vielfach haben auch die Rentenien für Vorstände und Aufsichtsräte eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren.“ Für die kommende Kriegsgegenwart bietet solche Tabellen eine wertvolle Unterlage.

Parteianachrichten.

Die Parteigenossen Pommerns nahmen in einer Befreiungskonferenz, die am Sonntag in Stettin tagte, zu der

Geltung der Fraktion Stellung. Anwesend waren 88 Vertreter aus der ganzen Provinz; als Referenten waren die Genossen Braun (Vorstandsvorsitz) und Vogtherr erschienen. Den vor eingehenden Referaten folgte eine ausgedehnte Debatte, in der sich die große Mehrzahl der Redner für eine Abfahrt der Politik des 4. August aussprach. Die Konferenz war polizeilich überwacht, eine Abstimmung über irgend welche Entschließungen wurde nicht angelossen. Die nachstehende Resolution erhielt die Unterschrift von 28 Delegierten: „Die am 1. August in Stettin tagende Befreiungskonferenz der Provinz Pommern billigt die Befreiungsbemühungen des Verteidigungsministers zur Herstellung einer internationalen Verständigung für den Frieden. Sie erwartet vom Parteidienst, den Reichstag und den Gesamtverein, daß durch alle Amnestie-Abreisen entledigter Widerstand entgegengesetzt wird. Von der Regierung wird verlangt, daß sie ihren unzweideutigen Friedenswillen fundiert und sich gegen jede Amnestie ausspricht. Bei Ablehnung dieser Forderungen empfiehlt die Konferenz die Besteuerung weiterer Kriegsfreitriebe. Die Konferenz fordert eine energische Vertreibung der Arbeiterschreiber ohne Rücksicht auf den Burgfrieden.“ Einige Genossen lehnten die Unterzeichnung ab, die sie mit der Geltung der Fraktion am 4. August nicht einverstanden sind. Eine zweite Resolution, die den Wunsch ausdrückt, daß die Parteidebatten judicial geführt werden mögen und die verurteilt, daß der Artikel von Bernstein, Goede und Knobels „Das Gebot der Stunde“ zum Anfang eines Parteidienstes und einer Sache gegen den Genossen Goede genommen werden, vereinigt gleichfalls die Meinheit auf sich.

Aus dem Lande.

Varrel. Gewerbliche Fortbildungsschule. Der Unterricht der gemüthberuflichen Klasse (für Schneider, Webler, Schuhmacher, Schneider usw.) findet von jetzt ab wieder am Montag nachmittag von 2.15 bis 6 Uhr statt.

Oldenburg. Der Verkauf von Rötelstielfleisch, der von der Stadt aus am Montag und Dienstag in der Markthalle stattfindet, ging schlecht von statten. Das Publikum scheint für Rötelstielfleisch keine Neigung zu haben, obwohl es von Kessern als vorzüglich gelobt wird. Der Andrang zu den Verkaufsständen war nicht sehr groß und stand zu dem Andrang gelegentlich der Speckverkäufe, der so groß war, daß er durch Schlächte geregt werden mußte, in feinem Verhältnis. Das Aussehen des Rötelstielfleisches ist ja überhaupt nicht so appetitlich wie das des Rötelstieles, und daran nehmen unsere Haushalte keinen Anstoß.

— Staatl. Kriegszulagen mit der Wirkung vom 1. Juli erhalten auch die minderbildenden Unterbeamten, Hilfsbeamten und Arbeiter der Oldenburgischen Staatsseidenfabrik. Es kommen nur die nicht angestellten Minderbildeten und wo dienen nur die Verbetreteten (auch Vermittlerte oder vom Leibgebaude betreute) in Frage. Die Kriegszulage wird nur den im Tage- oder Monatslohn befindenden, nicht den im Akkordlohn befindenden Bediensteten bewilligt. Als Höchstgrenze für die Zulassung ist eine Monatsvergütung von 108 bzw. 112 Mark oder ein Tageslohn von 3.60 M. bzw. ein Stundenlohn von 35 bis 40 Pfennig in Ansatz gebracht. Die Kriegszulage beträgt 6 Mark monatlich beginnend, 20 Pf. täglich oder 2 Pt. pro Stunde. Sie wird jedoch bis zur Erreichung des oben erwähnten Einkommens gewährt und gefürstet, sobald Lohn und Kriegszulage zusammen das Mindesteinkommen übersteigen. Auf die Kinderzahl ist bei Bewertung der Zahl keine Rücksicht genommen. Die Kriegszulage steht auch für die zum Sozialdienst eingesetzten Bediensteten, indem sie den einberufenen Verhältnissen, verwöhntesten oder vom Leibgebaude betreuten Monatsvergütungsbemüppern gleichgestellt wird. Ausgeschlossen von der Kriegszulage sind jedoch die Bediensteten, die als Beamte in den Militärdienstbedienst übernommen worden sind. Die Kriegszulage kann jederzeit widerrufen werden.

— Ein bedauerlicher Unglücksfall, der einen tödlichen Ausgang nahm, stieß hier in der Donnerstagskirche St. Peter einen Donator zum, der aus Braunschweig stammte. Er hatte einen Brief an seine Frau geschrieben, den er schnell zum Postfach bringen wollte, und in der Eile stieß er auf der Treppe aus, so daß er hinfiel und bestimmtlos liegen blieb. Man kam ihm natürlich sofort zu Hilfe; aber er hatte durch den Sturz aufeinander das Genick gebrochen und verstirb noch kurze Augenblicke.

Wilhelmshaven. Ergiebige Kriegshilfesammlung in der Kirche. Am letzten Sonntag wurden in der Kirche während des Gottesdienstes Spenden aufgetragen, um für die Kriegshilfe zu kommen. Es kam die für den bisherigen Ort bedeutende Summe von 1036 Mark auf.

Westerstede. Der Butterpreis ist vor der bisherigen Molkerei auch um 15 Pt. erhöht worden. Trotzdem ist er noch niedriger als in anderen Städten Oldenburgs, wo er 2.00 M. und 2.05 M. beträgt.

Braunschweig. Die Stelle eines Stadtkämmerers ist zu besetzen. Der Eintritt kommt am 1. Oktober oder 1. November erfolgen. Das Gehalt beträgt 2500 bis 4500 M. Wochentags.

Ginswarden. Grauen als Werkarbeiter. Wie uns mitgeteilt wird, beschäftigt die Preußische Werft bereits 7 Frauen.

Bremen. Aus dem Jahrbuch des Norddeutschen Lloyd über das Kriegsjahr. Darnach hat der Lloyd im Laufe des Jahres 1914/15 durch eine Reihe von Kauftransakten wertvolle Anwände erhalten. Es sind von Stapel geladen und abgesetzt worden: 6 Großdampfer von zusammen 48.114 Br. Reg.-Tons, der Tonnenfahrt der Große mit 14.349 Br. Reg.-Tons, der am 26. August 1914 vom englischen Kreuzer "Hood" in Grund geklossen wurde. Wie sich das Schiff des von den Engländern auf der

Schelde verlorenen Reichspostdampfers "Gneisenau" sowie der von den Engländern beschlagnahmten und als gute Preise erklärten Dampfer geflossen wird, bleibt abzuwarten. Im Bau befinden sich noch 6 Großdampfer und 3 Doppelschrauben-Dampfer von zusammen 136.000 T. Die Antriebsfertigung des auf der Werft von A. Schichau in Danzig erbauten großen Personen- und Großdampfers "Columbus" sollte im Herbst 1914 erfolgen. Der Krieg hat jedoch die Fertigstellung verzögert. Über die Entwicklung der Unternehmungen im verlorenen Jahre wird gefragt, daß von einem regelmäßigen Geschäftsbetrieb angesichts der durch den Krieg geschaffenen Lage nur in den ersten 7 Monaten des Jahres 1914 die Rente sein konnte. Die Mobilisierung brachte mit einem Schlag Handel und Tätigkeit unterbunden und die Reederei sich glücklich schützen mußte, wenn ihre Schiffe ohne Schaden neutrale Häfen oder die Heimat erreichten.

Aus aller Welt.

Die Sprache wiederfinden. Eine erregende Szene hat sich in Woldsee (Oberschwaben) dieser Tage bei einer Gesangsprobe des dortigen Gesangvereins Liederland abgespielt. Die Gesangsprobe wurde geleitet von dem Kapellmeister Erich Orthmann aus Barmen, der als Einjährigefreiwilliger in einem Infanterieregiment bei einem Sturmangriff im Felde einen Nervendonkel erlitten und dabei die Sprache verlor. Seitdem befindet sich Kapellmeister Orthmann im Vereinsklub Woldsee. Am Sonntag sollte in dem Lazarett zugunsten des Roten Kreuzes ein Konzert stattfinden und der Kapellmeister übernahm die Einübung einiger Chöre. Um sich verständlich zu machen, mußte er sich einer Schieferfalte bedienen. Es wurde das altniedersächsische Dialekt eingelebt, dessen Schlussworte: „Herr mach uns frei!“ in mächtigem Fortissimo erklingen sollen. Die Sänger gingen dem Dirigenten nicht kraftvoll genug mit den Stimmen heraus; er schwang leidenschaftlich den Fasces, um die Tonstärke der Stimmen zu steigern. In der Erzeugung, in der er durch Schwingen des Fasces die Sänger zu größerer Kraftentfaltung anspornen wollte, entzogen sich seiner Hände einige unartikulierte Worte und plötzlich wurden Worte und kurze Sätze hörbar. Die Jungs hatte sich, wie das B. L. meldet, nach dreimonatigem Stummsein gelöst, der Dirigent konnte wieder sprechen. Unbeschreiblicher Jubel erfüllte den Saal. Die Mutter und die Tochter Orthmanns, die in Woldsee auf Spiel wohnten, brauchten in Tränen aus und der Lieberkungrat gab in einer Ansprache unter den heraldischen Glückwünschen der Freunde aller Anwesenden über die wunderbare Heilung bedankten Ausdruck.

Bodenlosen Leichtfüß. Ein schwerer Unglücksfall hat sich in der Nähe von Wiedenbrück (Sachsen) ereignet und gibt Zeugnis von der bodenlosen Leichtfüßigkeit, mit der manche Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen. Der 21 Jahre alte Arbeiter Josef Koenig setzte sich gegen 2½ Uhr mit einem anderen Arbeiter auf die Schienen der Gleisbahnstrecke und begann sich die Stiege auszuzeichnen. In demselben Moment raste ein Zug herein. Dem Begleiter gelang es zu entkommen, Sonneberg wurde erjoht und kühnlich gerissen, nur ein dünner Schenkelstrang hielt die beiden Leichkörper noch zusammen.

Großenloher Leichtfüß. Ein schwerer Unglücksfall hat sich in der Nähe von Wiedenbrück (Sachsen) ereignet und gibt Zeugnis von der bodenlosen Leichtfüßigkeit, mit der manche Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen. Der 21 Jahre alte Arbeiter Josef Koenig setzte sich gegen 2½ Uhr mit einem anderen Arbeiter auf die Schienen der Gleisbahnstrecke und begann sich die Stiege auszuzeichnen. In demselben Moment raste ein Zug herein. Dem Begleiter gelang es zu entkommen, Sonneberg wurde erjoht und kühnlich gerissen, nur ein dünner Schenkelstrang hielt die beiden Leichkörper noch zusammen.

Ein belästiger Dampfer untergegangen. Bloody mesdet: Der belästige Dampfer "Roebond" ist gesunken. 9 Mann der Besatzung sind gerettet.

Ein japanischer Torpedojäger gescheitert. Nach einer Meldung aus Manila ist ein neuer japanischer Torpedojäger an der Südspitze der Boddensetzung gescheitert. Zwei andere Torpedojäger wurden zur Hilfe herbeigerufen. Doch holt man das Schiff für verloren.

Schwarzer.

Freitag, 6. August: vormittags 8.40, nachmittags 9.30

Unentgeltlich Rat und Auskunft in gewöhnlichen Streit der Kranken, Unfalls, Alters- und Invalidenversicherung erteilt. August Jordan, Telmenhoff, Mühlenstraße 51.

**Ein neue
CONSTANTIN
CIGARETTE**

Platinum Gold

Pr. 3½

Trustfrei!